

Modul II

Auseinandersetzung mit Sachinformationen zu
„Zuwanderung und Integration“



Zeitleiste „Migrationsgeschichtliche Aspekte und Wanderungen auf deutschem Territorium“

Schlüsselbegriffe: Zuwanderung, Integration, Geschichte.

Kurzbeschreibung:

In dieser Übung geht es um die Vermittlung und Bearbeitung von Daten und Fakten zur Geschichte und Gegenwart der Zuwanderung in Deutschland.

Intention:

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten Informationen zum Thema Zuwanderung, die sie aufnehmen und kritisch verarbeiten sollen. Im Mittelpunkt stehen historische Aspekte der Zuwanderung in Deutschland. Gleichzeitig geht es darum zu vermitteln, dass Wanderungsbewegungen Teil der Menschheitsgeschichte sind. Es soll deutlich werden, dass Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft von Migration geprägt sind.

Methoden:

1. Brainstorming
2. Kurzvortrag und Diskussion

Vorbereitung:

Herstellen einer Wandzeitung, auf der eine Zeitleiste mit ausgewählten relevanten Daten zur Zuwanderung in Deutschland aufgezeichnet ist (siehe schriftliche Zeitleiste: Migrationsgeschichtliche Aspekte und Wanderungen auf deutschem Territorium)

Ablauf:

Als Eröffnung der Übung werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einem kurzen Brainstorming zum Thema Zuwanderung eingeladen. Die Aufgabe besteht darin, folgenden Satz zu ergänzen und zwar nur mit einem Wort. Der Satz lautet: „Wenn ich an Zuwanderung denke, dann denke ich an“. Jeder Teilnehmer spricht den Satz und ergänzt das fehlende Wort am Ende. Es empfiehlt sich, den Satz an Tafel oder Flipchart zu schreiben und darauf zu beharren, dass er nachgesprochen und nur durch ein Wort ergänzt wird. Die Begriffe werden unkommentiert an der Tafel gesammelt. Es geht darum, zu dokumentieren und zu visualisieren, dass wir alle ein Bild von Zuwanderung haben. Dieses kann ganz unterschiedlich geprägt sein. Bei dem einen mag die Angst vor Fremdem dominieren, bei dem anderen die Lust an Neuem und bei einem Dritten die politische Überzeugung, dass Migration in einer globalen Welt einfach zum Alltag gehört. Die Assoziationen zum Thema Zuwanderung sind auf diese Weise im Raum präsent und ermöglichen dem Moderator, an geeigneter Stelle während des Workshops darauf Bezug zu nehmen. Dieser Einstieg in die Übung ist eine Option, kein Muss. Er dauert ca. 5-10 Minuten.

Anschließend platzieren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Halbkreis oder auf dem Boden sitzend um die Zeitleiste. Der Moderator/die Moderatorin trägt ausgewählte Fakten und Beispiele zu den einzelnen historischen Abschnitten und Daten vor (ca. 30 Minuten). Grundlage bildet die schriftliche Zeitleiste: Migrationsgeschichtliche Aspekte und Wanderungen auf deutschem Territorium. Fragen und Diskussion in der Gruppe runden den Vortrag ab.

Info:

Alter: 14- 25 Jahre

Zeit: ca. 60 Minuten

Rahmen: Ein großer Raum

Material: Zeitleiste Migrationsgeschichtliche Aspekte und Wanderungen auf deutschem Territorium

Einführung: „Migrationsgeschichtliche Aspekte und Wanderungen auf deutschem Territorium“

Folgende Zusammenstellung von Fakten zur Migrationspolitik und historischen Wanderungsbewegungen von Menschen auf „deutschem“ Territorium versteht sich als exemplarische Übersicht. Ein Anspruch auf Vollständigkeit wird nicht erhoben. Die gewählte Zeitspanne beginnt mit den Glaubensflüchtlingen in Europa und endet mit der Debatte über das Zuwanderungsgesetz in Deutschland. Man hätte unter dem Aspekt der Glaubensflüchtlinge ebenso über die Waldenser oder die Salzburger Protestanten sprechen können. Wir haben uns für die Gruppe der Hugenotten entschieden. Ebenso ist die Erwähnung der „Ruhrpolen“ Ergebnis einer willkürlichen Auswahl, die wir unter dem Gesichtspunkt der Veranschaulichung unterschiedlicher Migrationskontexte getroffen haben. Wichtig ist uns zu zeigen, dass Wanderungen, Teil der Menschheitsgeschichte sind. Immer wieder verlassen Individuen und Menschengruppen ihr Herkunftsland aus einer Vielzahl von Gründen (etwa Arbeitsmigration, Hungersnot, Krieg und Verfolgung, Abenteuerlust) und siedeln sich in anderen Regionen und Ländern an. Auch die Deutschen gehörten lange Zeit zu den Auswanderern Europas – zumeist mit dem Ziel Amerika. Erst um die Jahrhundertwende kehrte sich dieser Trend um und Deutschland wurde allmählich zum de facto Einwanderungsland.

Im Workshop empfiehlt es sich, die ausgewählten Daten und Ereignisse durch eine Zeitleiste (an der Tafel oder einem langen Poster) zu visualisieren und den Lernenden in Form eines Kurzvortrages zu präsentieren. Dabei können Sie sich auf die Faktensammlung beziehen. Es empfiehlt sich dringend diese Faktensammlung durch Eigenlektüre anzureichern. Da diese lediglich eine grobe Orientierung bietet, enthält der Service-Teil Literaturempfehlungen und Websites zur Geschichte der Migration.

Grundlage für Kurzvortrag und Zeitleiste: Migrationsgeschichtliche Aspekte und Wanderungen auf deutschem Territorium

1685 Die Hugenotten

Nach der Aufhebung des Toleranzediktes von Nantes 1685 im katholisch dominierten Frankreich wurde die Freiheit der protestantischen Hugenotten zunehmend eingeschränkt. Diskriminierung und Ausgrenzung waren die Folge. Als Reaktion verließen die Hugenotten Frankreich in großer Zahl. Ganze Gemeinden wanderten aus. Aufnahme fanden sie im protestantischen Europa. Viele Hugenotten siedelten sich auf deutschen Territorien an. Sie wurden von den protestantischen Kurfürsten regelrecht umworben, erhielten Steuervergünstigungen, Religions- und Kulturfreiheit sowie andere Privilegien. Aufgrund des hohen Ausbildungs- und Qualifikationsgrades der Hugenotten galten sie als Wirtschaftsfaktor. Den Hugenottengemeinden gelang es, bis weit ins 18. Jahrhundert hinein ihre kulturelle und sprachliche Autonomie zu wahren. Dennoch waren sie „gute Untertanen“ der Krone.²⁸

1817 Die Deutschen wandern aus

Das Hungerjahr 1817 und das Missverhältnis zwischen Bevölkerungswachstum und Erwerbsarbeit setzten eine Massenwanderung über den Atlantik in Gang. Deutschland war im 19. Jahrhundert ein Auswanderungsland. Etwa fünf Millionen Deutsche wanderten allein in die USA aus. Die Überfahrt nach Amerika dauerte etwa sechs bis acht Wochen und war äußerst beschwerlich und teuer. Bevor es aber zur Überfahrt selbst kommen konnte, mussten die Auswanderer bereits wochenlang Strapazen durch die Anreise zum Hafen und Warten auf die Schiffe auf sich nehmen. Viele konnten sich die Überfahrt nur auf Grund des "Redemptioner-Systems" leisten: Der "Redemptioner" verpflichtete sich nach seiner Ankunft einem amerikanischen Dienstherrn für mehrere Jahre zu unfreier Arbeit. Als Gegenleistung zahlte dieser dem Kapitän nachträglich die Passage.²⁹ Die unfreie Arbeit dauerte bis zu vier Jahren. Dann erhielt der "Redemptioner" ein kleines Startkapital zum Aufbau einer Existenz.³⁰

1850 – 1871 Von der Industriellen Revolution zur Leutenot im Kaiserreich

Die industrielle Revolution in Deutschland trieb den Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft voran. Wissenschaftlicher und technischer Fortschritt veränderten die Gesellschaft in rasanter Geschwindigkeit. Das Verhältnis von Arbeit und Bevölkerung kehrte sich um: Es gab erstmals mehr Beschäftigung als Arbeitskräfte. Im Kaiserreich (1871) sprach man von „Leutenot“. Dieser begegnete man durch die Anwerbung von Saisonarbeitern aus Oberschlesien, Ostpreußen und Polen, die oft auch als „Deutschlandgänger“ oder „Preußengänger“ bezeichnet wurden und als Konjunkturpuffer dienten. Zumeist wurden diese Wanderarbeiter im Agrarbereich, besonders in der Erntezeit, eingesetzt. Bestand kein wirtschaftlicher Bedarf mehr, wurden sie nach Hause geschickt. Man könnte in diesem Zusammenhang von einem Vorläufer des Gastarbeitermodells sprechen.

1870 Die „Ruhrpolen“

Der expandierende Bergbau im Ruhrgebiet führte zur gezielten Rekrutierung von Arbeitern aus anderen Regionen und Ländern, vorwiegend aus Polen, Oberschlesien und Posen. Die Menschen wurden durch Agenten und Schlepper angeworben. Sie lebten meist in primitiven Werkkolonien in unmittelbarer Nähe zu den Zechen. Dort erhielten sie auch ihre Mahlzeiten. Kost und Logis wurden vom Lohn abgezogen. Die „Ruhrpolen“ machten gut ein Fünftel in den Belegschaften der Zechen aus. Die Integration wurde ihnen nicht leicht gemacht, obwohl sie preußische Staatsbürger waren. Dennoch gelang es den „Ruhrpolen“, sich auf lange Sicht zu etablieren. Neben polnischsprachigen katholischen Gemeinden und zahlreichen Kulturvereinen gründeten die „Ruhrpolen“ sogar eine eigene Gewerkschaft.³¹ Wer heute im Ruhrgebiet ein Telefonbuch aufschlägt, kann an den vielen polnischen Namen erkennen, dass viele „Ruhrpolen“ eingewandert sind.

²⁸ Duchardt, Heinz, Glaubensflüchtlinge und Entwicklungshelfer: Niederländer, Hugenotten, Waldenser, Salzburger, in: Bade, Klaus J. (Hrsg.): Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart. München, 1992, S. 278 - 286.

²⁹ Bretting, Agnes, Mit Bibel, Pflug und Büchse: Deutsche Pioniere im kolonialen Amerika, in: Bade, Klaus J. (Hrsg.): Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart. München, 1992, S. 135-147.

³⁰ Ebenda, S. 135 ff

³¹ Kleßmann, Christoph, Einwanderungsprobleme im Auswanderungsland: das Beispiel der „Ruhrpolen“, in: Bade, Klaus J. (Hrsg.): Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart. München, 1992, S. 303-305.

1914-1918: Erster Weltkrieg

Arbeitsmigration erfolgt nicht immer freiwillig. Während des Ersten Weltkriegs wurden fast zwei Millionen Zwangsarbeiter vor allem aus Polen, Frankreich und Belgien ins deutsche Reich verschleppt.

1939-1945: Zweiter Weltkrieg - Emigration, Flucht, Verfolgung durch das NS-Regime

Aufgrund der Verfolgung durch die Nationalsozialisten verließen Juden und Oppositionelle Deutschland zu Tausenden. Wem die rechtzeitige Ausreise bzw. Flucht nicht gelang, war in Gefahr, Opfer des menschenverachtenden Regimes der Nazis zu werden. Im Zuge des Krieges wurden in den von den Nazis besetzten Gebieten Millionen von Menschen rekrutiert und zum Arbeitseinsatz in Landwirtschaft und Industrie gezwungen. Gegen Ende des Krieges waren ca. 8 Millionen Menschen, deren Arbeitskraft als Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und Konzentrationslagerinsassen ausgebeutet wurde, dem Tod näher als dem Leben. Insgesamt wurden ca. 14 Millionen Ausländer ins „Reich“ verschleppt und zur Arbeit gezwungen. Etwa die Hälfte starb an Unterernährung, Krankheiten oder brutaler Behandlung.

1944 - 1950 Aufnahme und Integration von Vertriebenen und Flüchtlingen

Die letzten Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre waren durch die Aufnahme von Vertriebenen und Flüchtlingen aus dem ehemaligen deutschen Osten geprägt. Westdeutschland nahm bis 1950 knapp acht Millionen und Ostdeutschland etwa vier Millionen Flüchtlinge auf. Trotz der wirtschaftlich katastrophalen Lage im vom Krieg zerstörten Deutschland gelang es, die große Zahl von 12 Millionen Vertriebenen und Kriegsflüchtlingen aufzunehmen und zu integrieren.

1945-1961 Flucht in den Westen

Bis zum Bau der Mauer 1961 und dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ 1989 flohen 2,7 Millionen Menschen aus der sowjetischen Besatzungszone in die westlichen Zonen bzw. aus der DDR in die Bundesrepublik.

1955 Anwerbung von „Gastarbeitern“:

Nach dem Krieg, in der Zeit des Wiederaufbaus und des sich abzeichnenden „Wirtschaftswunders“ bestand massiver Arbeitskräftemangel, der die Anwerbung von ausländischen Arbeitnehmern notwendig machte. 1955 begann man mit der Anwerbung von Italienern, 1960 von Spaniern und Griechen und es folgten entsprechende Abkommen mit den Regierungen der Türkei, Portugals, Marokkos, Tunesiens und schließlich auch mit Jugoslawien. Das Konzept des „Gastarbeiters“ war darauf ausgerichtet, den ausländischen Arbeitskräften nur so lange Aufenthalt zu gewähren, wie sie tatsächlich wirtschaftlich gebraucht wurden. In der Regel war der Aufenthalt von „Gastarbeitern“ unmittelbar mit der Dauer des Arbeitsvertrages verknüpft.

1964 Der millionste „Gastarbeiter“

Der millionste „Gastarbeiter“ - Armando Sa Rodriguez aus Portugal - wurde in Köln am Bahnhof begrüßt und in der deutschen Medienöffentlichkeit gefeiert. Der völlig überraschte Portugiese, den der Zufall getroffen hatte, erhielt nebst Blumenstrauß und Glückwünschen auch ein Moped. „Gastarbeiter“ wurden zu dieser Zeit als Wirtschafts- und Wohlfaktor geschätzt.

1973 Anwerbestopp für „Gastarbeiter“

Die Ölkrise 1973 hatte verheerende Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Als Folge wurde ein Anwerbestopp für „Gastarbeiter“ aus Nicht-EG-Staaten verhängt. Diese Maßnahme gründete in der Erkenntnis, dass die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der „Gastarbeiter“ in Deutschland beständig gestiegen war. Bis dahin waren 2,6 Millionen Menschen nach Deutschland gekommen. Der Anwerbestopp hatte jedoch einen gegenteiligen Effekt, weil er zu einer Verstärkung des Familiennachzugs führte. Aus den „Gastarbeitern“ wurden „Dauergäste“ mit Einwanderungsperspektive. Erstmals wurden die Folgen der Anwerbung thematisiert, weil nun minderjährige

Kinder und Ehepartner präsent waren, die nicht einfach über den Arbeitsmarkt integriert werden konnten. Kindergärten, schulische und außerschulische Bildungseinrichtungen sahen sich erstmals mit Sprach- und Kulturdifferenzen konfrontiert. Die Frage der Integration erschien in neuem Licht.

1974 Vertragsarbeiter in der DDR

Seit Mitte der 70er Jahre wurden in der DDR verstärkt Vertragsarbeiter – aus Algerien (1974), Kuba (1978), Mosambik (1979), Vietnam (1980), Angola (1984), China (1986) – zur Unterstützung der Wirtschaft und zur Verbesserung der Arbeitskräftebilanz angeworben. Hierzu gab es bilaterale Abkommen mit den jeweiligen Regierungen. Schon 1965/66 hatte es mit Polen und 1967 mit Ungarn Abkommen gegeben.

Zwischen 1985 und 1988 verdreifachte sich die Zahl an Vertragsarbeitern aufgrund des akuten Arbeitskräftemangels. Die Menschen lebten relativ isoliert in betriebseigenen Unterkünften. Ihre Arbeitsverträge waren begrenzt, ihr Arbeitseinsatz genau geregelt. Familiennachzug war nicht gestattet. Nach der Wende 1989 verloren die meisten Vertragsarbeiter ihren Job und kehrten in ihre Herkunftsländer zurück. Die einzige Option für diejenigen, die bleiben wollten, war ein Asylantrag. Die Erfolgsquote war allerdings äußerst gering. Die meisten Vertragsarbeiter wurden ausgewiesen.

1983 Rückkehrförderungsgesetz

Mit dem sogenannten Rückkehrförderungsgesetz versuchte die Bundesregierung, „Gastarbeiter“ zur Rückkehr ins Herkunftsland zu bewegen. Wer auf immer ging, erhielt die Summe von 10.000 DM ausgezahlt. Nur wenige „Gastarbeiter“ machten davon Gebrauch. Vor allem bei der zweiten und dritten Generation stieß dieses Angebot nicht auf Resonanz. In Deutschland geboren und aufgewachsen fühlten sich viele Deutschland näher als den Herkunftsländern ihrer Eltern und Großeltern. Von den 14 Millionen „Gastarbeitern“, die zwischen 1955 und 1973 in die Bundesrepublik gekommen waren, kehrten 11 Millionen „Gastarbeiter“ ohne besondere Anreize wieder zurück. Drei Millionen Menschen waren damit faktisch eingewandert.

Ab 1985 verstärkte Rückkehr von Aussiedlern

Mit der Perestroika und den sich wandelnden politischen Verhältnissen in der Sowjetunion Mitte der achtziger Jahre kam es zu einer verstärkten Abwanderung von ethnisch Deutschen, die vor mehreren Generationen in die Sowjetunion ausgewandert waren oder im Zuge des Zweiten Weltkriegs verschleppt und umgesiedelt worden waren. Nach dem Bundesvertriebenengesetz handelte es sich hier um „Flüchtlinge oder Vertriebene deutscher Volkszugehörigkeit“ bzw. Aussiedler. Aussiedler sind deutsche Staatsbürger, haben also das Recht auf Einreise und Aufnahme in die Bundesrepublik Deutschland. Die Zahl der deutschstämmigen Aussiedler, die nach Artikel 116 des Grundgesetzes als Deutsche gelten und deshalb ein Zuwanderungsprivileg besitzen, erreichte im Jahre 1989/90 mit 400.000 Personen ihren Höhepunkt. Seit 1990 sind die Zahlen der Einwanderer aus den GUS-Staaten aufgrund des Aussiedleraufnahmegesetzes rückläufig. Dieses Gesetz regelt, dass die Aufnahmeanträge vom Herkunftsland aus gestellt werden müssen. Auch sank die Zahl der Antragsteller durch die Einführung eines Sprachtests als Bedingung für die Aufnahme.

1992-1996 Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien

Aufgrund der Krisen und Kriegssituation auf dem Balkan, vor allem im ehemaligen Jugoslawien, beschloss die Bundesregierung, vermehrt Bürgerkriegsflüchtlinge aufzunehmen. Etwa fünf Millionen Menschen waren in dieser Zeit aus ihren Heimatorten in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo vor Gewalt und Zerstörung geflüchtet. Im Falle Bosniens hat Deutschland ca. 350.000 Flüchtlinge aufgenommen, aus dem Kosovo ca. 25.000 Menschen. Der Aufenthalt dieser Flüchtlinge war mit einer bestimmten Frist versehen, also auf Zeit gedacht. Seit 1996 wurden in Europa keine Flüchtlinge aus der besagten Region mehr anerkannt. Auch Deutschland begann konkrete politische Maßnahmen zur Abschiebung.

1993 Asylrechtsänderung

Während sich seit Beginn der 90er Jahre rechtsextremistische Gewalttaten gegen Ausländer und Asylbewerber häuften, fand in Deutschland eine Debatte über die Änderung des Asylrechts statt. Anlass waren die politisch und medial dramatisierten Zahlen der Asylanträge. Artikel 16 des Grundgesetzes sichert politisch Verfolgten Asyl zu. Dieses einklagbare Individualrecht des politisch verfolgten Ausländers war in Deutschland einzigartig und ging auf die Erfahrungen während der NS-Zeit zurück. Um die zunehmende Zahl von Asylbewerbern zu bremsen, beantragte die Koalition aus CDU, CSU und FDP eine Verfassungsänderung. Nach heftigen innerparteilichen Kontroversen stimmte die SPD 1993 einer Grundgesetzänderung und damit der Reform des Asylgrundrechts und Asylverfahrensgesetzes zu. Die Verfassungsänderung schränkte das Recht, einen Asylantrag zu stellen, erheblich ein. Abgewiesen wird, wer aus einem als sicher geltenden Herkunftsland oder aus einem sicheren Drittland einreist. Seit dem sogenannten „Asylkompromiss“ sank die Zahl der Asylbewerber in Deutschland kontinuierlich. Zudem stieg die Zahl der Abschiebungen. Auch die sozialrechtliche Stellung von Asylbewerbern wurde mehrfach eingeschränkt.

Januar 2000 Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts

Zum 1. Januar 2000 wurde das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht reformiert. Das bisherige Abstammungsprinzip wurde durch das Territorialprinzip ergänzt.

Die wichtigste Neuregelung besteht darin, dass die in Deutschland geborenen Kinder ausländischer Eltern unter bestimmten Voraussetzungen schon mit der Geburt Deutsche werden können. Diese besagen, dass ein Kind die deutsche Staatsangehörigkeit automatisch erhält, wenn ein Elternteil zum Zeitpunkt der Geburt seit acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat, bzw. eine Aufenthaltsberechtigung oder eine seit drei Jahren unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzt. Mit dem Erreichen des 23. Lebensjahres müssen die Kinder ausländischer Eltern dann entscheiden, ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft behalten oder lieber die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern übernehmen wollen.

2002 Das Zuwanderungsgesetz

Im März 2002 verabschiedeten der deutsche Bundestag und der Bundesrat das Gesetzpaket zur künftigen Regelung der Zuwanderung. Das Zuwanderungsgesetz vollzog eine grundlegende Erneuerung des bestehenden Ausländerrechtes. Es umfasste zudem die Neufassung des Freizügigkeitgesetzes für EU-Bürger sowie Änderungen des Asylverfahrens und des Asylbewerberleistungsgesetzes. Erstmals hatte Deutschland damit in seiner Geschichte einen modernen Entwurf zur Regelung von Zuwanderung, Integration und dem Schutz von Flüchtlingen. Durch Unstimmigkeiten bei der Abstimmung im Bundesrat (22. März 2002) wurde die Mehrheitsentscheidung seitens der CDU/CSU angefochten. Wegen des Auslegungstreits um die Abstimmung im Bundesrat landete das Zuwanderungsgesetz schließlich beim Bundesverfassungsgericht, welches das rot-grüne Zuwanderungsgesetz stoppte. Ein Vermittlungsausschuss hat nun die Aufgabe, einen Kompromiss zu finden, der für Bundestag und Bundesrat gleichermaßen akzeptabel ist. Gegenwärtig ist noch keine Einigung in der Sache abzusehen. Das Zuwanderungsgesetz ist vorerst auf Eis gelegt.